



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Elke Ferner, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

PLH, Zi. 5737
11011 Berlin
Ansprechpartner/in:
Michael Matzke, Julia Lenfers
Tel: (030) 227 – 70 660
Fax: (030) 227 – 76 660

Wahlkreis

Talstr. 58
66119 Saarbrücken
Tel: (0681) 51060
Fax: (0681) 52207

Saarbrücken, den 16. Juli 2005

Wahlkreis-Konferenz am 15. Juli 2005, Saarbrücken:

Rede anlässlich der Nominierung als Direktkandidatin für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis 296, Saarbrücken

+++ Es gilt das gesprochene Wort! +++

Anrede

Ich bewerbe mich heute erneut als Direktkandidatin für den Bundestagswahlkreis 296. Die Situation ist sicher nicht einfach. Sie ist aber auch nicht hoffnungslos.

Denn:

Seit Montag dieser Woche liegen die Alternativen der Union auf dem Tisch.

Dieses Wahlprogramm offenbart wess Geistes Kind die Union ist:

Die Union will zurück in die Ära Kohl.

Sie will zurück zur Atomenergie.

Sie will eine Steuerreform, bei der die unteren Einkommen die Entlastungen für die Spitzeneinkommen finanzieren.

Sie will einen schwachen und handlungsunfähigen Staat.

Sie will die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen rechtlos machen.

Sie will die Ausweitung des Niedriglohnsektors.

Sie will die solidarische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme aufkündigen.

Sie ist in der Frauen- und Familienpolitik, soweit dieses Thema überhaupt in ihrem Programm vorkommt, in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts stehen geblieben.

Die Bildungs- und Forschungspolitik erschöpft sich in Worthülsen und der Forderung nach Religionsunterricht.

Und

In der Außen- und Sicherheitspolitik will sie deutsche und europäische Interessen den amerikanischen Interessen unterordnen.

Von neuer Ehrlichkeit ist nichts zu sehen, denn:



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Keine der Unionsforderungen ist auch nur annähernd seriös finanziert.

Viele Fakten entsprechen schlicht und ergreifend nicht der Wahrheit.
Vieles von dem, was wir vorhaben, wird schlicht und ergreifend verschwiegen!
Wer ernsthaft glaubt, mit einer Regierung von CDU/CSU und FDP würde alles besser werden, irrt sich gewaltig.
Das kann man schon in den Ländern und Gemeinden sehen, in denen CDU/CSU und FDP die Mehrheit haben.

Beispiel Energiepolitik

Union und FDP wollen zurück zur Atomwirtschaft. Sie reden zwar nur von längeren Restlaufzeiten, haben aber eine dauerhafte Nutzung der Atomenergie im Sinn.

Die Förderung der regenerativen Energien wollen sie zurückfahren.

Die Steinkohlebeihilfen wollen sie streichen.

Die SPD steht zum Ausstieg aus der Atomenergie, zum Ausbau der regenerativen Energien und sie steht für einen Anteil an heimischer Primärenergie. Gerade in Zeiten ständig steigender Weltenergiepreise wäre es fahrlässig, die eigenen Energiereserven nicht zu nutzen.

Der Anteil der regenerativen Energien ist in den letzten 7 Jahren bereits deutlich gestiegen und wir wollen diesen Anteil weiter steigern.

Wir wollen auch die Energieeffizienz weiter steigern und wir wollen eine schnelle Modernisierung der Kraftwerke in Deutschland.

In den letzten sieben Jahren haben wir die getroffenen Vereinbarungen zu den Steinkohlebeihilfen eingehalten und haben jetzt erneut den Landesanteil von 100 Mio €/Jahr übernommen.

Das Ausstiegsszenario von Union und FDP würde tausende von Arbeitsplätzen im Bergbau, in der Zulieferindustrie, in den Kraftwerken und der Kraftwerksindustrie zur Folge haben und Deutschland vollständig von den Weltmarktpreisen abhängig machen.

Wir haben ein zukunftsfähiges und nachhaltiges energiepolitisches Konzept, das auch der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen gerecht wird.

Beispiel Steuern

Das **Steuerkonzept** der Union knüpft nahtlos an Kohl, Waigel und Co an.

Das Prinzip ist einfach: Spitzensteuersatz noch weiter runter und als Placebo soll auch der Eingangssteuersatz sinken.

Finanziert wird diese Senkung aber fast ausschließlich von den unteren Einkommen, denn mit der Kürzung der Pendlerpauschale und der Streichung der steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge finanziert letztendlich die Krankenschwester die Steuerentlastung für den Chefarzt und der Bergmann oder die Schichtarbeiter in der Automobil- und Stahlindustrie die Steuerentlastung für die Vorstandsetagen.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Das ist das Gegenteil von Steuergerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit.

Außerdem soll die **Mehrwertsteuer** um 2 Prozentpunkte erhöht werden.

Mit einem Teil der zusätzlichen Einnahmen soll dafür der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte sinken. Bei den ArbeitnehmerInnen kommen dann zwar pro 1000€ brutto 10€ mehr Netto raus. Das wird aber durch die höhere Mehrwertsteuer zumindest wieder aufgeessen.

Alle, die keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlen, würden sogar zusätzlich belastet werden.

Das sind: Studierende, Beamtinnen und Beamte, SozialhilfempfängerInnen, Arbeitslose, Freiberufler und Rentnerinnen und Rentner.

Die Handwerkerstunde würde nicht billiger, sondern teurer und die Schwarzarbeit würde wieder zunehmen.

Im Ergebnis würden viele Arbeitsplätze vernichtet oder gefährdet - jedoch kein einziger zusätzlich geschaffen.

Die **Gewerbsteuer** wollen CDU/CSU und FDP eigentlich abschaffen. Das haben sie bereits auf Parteitagen beschlossen. Nun ist lediglich zu lesen, dass es bei der Gewerbsteuer bleiben soll, „bis wir im Einvernehmen mit den Kommunen und der Wirtschaft eine sinnvolle Alternative entwickelt haben.“

Wer's glaubt wird selig, kann ich da nur sagen.

Die Realität in den Ländern zeigt, dass der Union die finanzielle Ausstattung der Gemeinden ziemlich egal ist. Zuerst haben sie die Gewerbesteuerreform im Bundesrat blockiert und jetzt, nachdem die Gemeinden durch unsere Gewerbesteuerreform wieder mehr Geld in den Kassen haben, werden die Gemeinden von der saarländischen Landesregierung um 25 Millionen Euro beklaut.

Wir wollen, dass unsere Gemeinden wieder handlungsfähig werden, dass sie verlässliche und dauerhafte Einnahmen haben und vor allem, dass sie wieder investieren können und damit die Binnennachfrage stärken.

Union und FDP wollen das glatte Gegenteil.

Arbeitnehmerrechte

Der Katalog an Grausamkeiten ist lang.

Es geht um nicht weniger als

- die Abschaffung des Kündigungsschutzes,
 - die Verschlechterung des betrieblichen Arbeitsschutzes und des Jugendarbeitsschutzes
 - die Kürzung der Ausbildungsvergütungen
 - die Verschlechterung der betrieblichen Mitbestimmung
- und
- die Aufhebung der Tarifautonomie und der Flächentarifverträge.

Das einzige, was die Union ausgelassen hat, ist die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Rücknahme des Schlechtwettergeldes. Sie haben es aber auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Union und FDP wollen die Entrechtung der ArbeitnehmerInnen und die Schwächung der Gewerkschaften.

Die SPD will, dass ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften auf gleicher Augenhöhe mit der Arbeitgeberseite verhandeln können und notfalls die Durchsetzung ihrer Forderungen auch erstreiken können.

Mit ist kein einziger Betrieb bekannt, der wegen unverhältnismäßiger Forderungen der Gewerkschaften Bankrott gegangen wäre. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Union will den Niedriglohnsektor ausweiten, anstatt die Schwarzarbeit wirksam zu bekämpfen oder Lohndumping durch die Änderung des Entsendegesetzes oder die Einführung von Mindestlöhnen zu verhindern. Sie wollen Kombilöhne und dass Langzeitarbeitslose auch 10% unter den geltenden Tarifverträgen entlohnt werden können.

Union und FDP haben den Vermittlungsausschuss angerufen, um die von uns und den Grünen beschlossene Änderung des Entsendegesetzes zu blockieren.

Das gleiche gilt für die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I. In ihrem Programm schreibt die Union „Wer lange in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt hat, soll anders gestellt werden als jemand, der nur für kurze Zeit einbezahlt hat“. Das hört sich gut an.

Wenn man sich den Gesetzentwurf der Union ansieht, der im Bundestag bereits vorliegt, stellt man fest, dass es für viele eine deutliche Verschlechterung im Vergleich zu unserer Regelung bedeuten würde.

Wir haben darüber hinaus in unserem Wahlmanifest weitere deutliche Korrekturen bei Hartz IV aufgenommen: Ob das die Krankenversicherung und Qualifizierungsmaßnahmen für NichtleistungsempfängerInnen sind, zusätzliche Maßnahmen für ältere Langzeitarbeitslose oder auch die bereit erwähnte Einführung von Mindestlöhnen und die Verlängerung der Bezugsdauer beim ALG I.

Aus der Union ist zu hören, dass wieder das Prinzip des Rückgriffes auf Eltern oder Kinder bei der Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden soll und dass noch viel „Luft“ für Einsparungen da wäre.

Was davon zu halten ist, kann sich jeder selbst vorstellen.

Die SPD will Lohndumping verhindern, Existenz sichernde Erwerbsarbeit für Männer und Frauen, starke Gewerkschaften und den Erhalt der Arbeitnehmerrechte.

Rolle des Staates

Die Union will den Staat zurückfahren. Bei aller Notwendigkeit die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, in der jetzigen wirtschaftlichen Situation brauchen wir mehr und nicht weniger öffentliche Investitionen. Die schwache Binnennachfrage hängt auch mit der niedrigen Investitionsquote von Ländern und Gemeinden zusammen.

Die Union will den Staat kaputt sparen und die Aufgaben des Staates reduzieren. Was das heißt, sehen wir in Saarbrücken und im Land. Alle freiwilligen Aufgaben werden zur Disposition gestellt, Schulen werden geschlossen und Einnahmeverbesserungen werden abgelehnt.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Union und FDP haben im Bundesrat fast alle Anstrengungen zum Abbau von Steuersubventionen blockiert. Damit sind den öffentlichen Haushalten bisher schon über 17 Milliarden € entgangen. Allein in diesem Jahr sind es über 10 Milliarden €. Selbst wenn nur ein Teil dieser Mittel von den staatlichen Ebenen investiert werden würde, könnten damit Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.

Union und FPD wollen einen schwachen und handlungsunfähigen Staat. Es gilt das Prinzip: Wenn sich jeder selbst hilft, ist allen geholfen.

Die SPD steht für die öffentliche Daseinsvorsorge, für ein hohes Niveau an öffentlichen Investitionen, für mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Innovationen und für die Fortführung und den Ausbau öffentlicher Programme wie soziale Stadt, Stadtumbau West, Städtebauförderung, Förderung regenerativer Energien und die Ausweitung der CO₂-Minderungsprogramme.

Sozialsysteme

Bei der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme sind die Unterschiede ganz besonders deutlich.

In der Kranken- und Pflegeversicherung will die Union eine Kopfprämie einführen und die Arbeitgeberanteile einfrieren.

Das ist eine doppelte Entsolidarisierung.

Das Prinzip „Junge für die Alte, Gesunde für Kranke und Einkommensschwache für Einkommensstarke“ soll in Zukunft nicht mehr gelten.

Künftige Kostensteigerungen müssten alleine von den Versicherten getragen werden.

Viele Menschen wären auf staatliche Transferleistungen angewiesen, wenn sie ihre Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung noch bezahlen können sollen. Das betrifft viele Rentnerinnen und Rentner und alle mit niedrigem Einkommen.

Das Geld für staatliche Zuschüsse ist nicht vorhanden. Wie es finanziert werden soll ist mit keiner Silbe erwähnt. Würde dies so umgesetzt, wäre es nur noch eine Frage der Zeit, wann wegen fehlender Mittel im Haushalt der Leistungskatalog auf den Prüfstand gestellt würde.

Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einbezahlen und bei der auch hohe Einkünfte aus Kapitalvermögen mit zur Beitragsbemessung herangezogen werden.

Das ist allemal gerechter als die Kopfprämie der Union.

Frauen und Familienpolitik

Die Frauen- und Familienpolitik der Union erschöpft sich in der Anhebung der Kinderfreibeträge und einer Entlastung bei den Rentenversicherungsbeiträgen.

Kein Wort zur Verantwortung des Bundes für die Verbesserung der Ganztagesbetreuung.

Kein Wort zu verbesserten Berufs- und Karrierechancen von Frauen.

Kein Wort zur Steigerung der Frauenerwerbsquote.

Außer Phrasen nichts zum Thema Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Die Frauen- und Familienpolitik ist nicht nur rückwärtsgewandt. Sie ist auch eines modernen Landes unwürdig.

Hier wird besonders deutlich, dass eine Kanzlerkandidatin noch lange keine Garantin für eine moderne Gleichstellungs- und Familienpolitik ist.

Unsere Frauen- und Familienpolitik ist um Klassen besser.

Außen- und Sicherheitspolitik

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik könnten die Unterschiede nicht deutlicher sein. Wir haben es geschafft, eine eigenständige an deutschen und europäischen Interessen orientierte Außen- und Sicherheitspolitik zu etablieren, die auf Konfliktvermeidung, Achtung der Menschenrechte und auf eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit setzt. Die Union will „die transatlantische Zusammenarbeit mit den USA neu beleben“. Was die USA darunter verstehen wissen wir – was Frau Merkel darunter versteht, wissen wir auch.

Die Haltung von Angela Merkel zum Irakkrieg und zur Weigerung an der Teilnahme von Deutschland, Frankreich und anderen Ländern kennen wir auch.

Dieses Politikfeld alleine wäre schon Grund genug bei der bevorstehenden Bundestagswahl SPD zu wählen. Alle anderen aber auch.

Anrede,

In den verbleibenden 65 Tagen müssen wir viel verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen.

Wir müssen deutlich machen, dass wir es um eine Richtungsentscheidung geht:

- Es geht um den Umbau der sozialen Sicherungssysteme oder um den Abriss.
- Es geht um den Erhalt der Arbeitnehmerrechte oder die Entrechtung von ArbeitnehmerInnen und ihren Gewerkschaften.
- Es geht um eine gerechte Steuerpolitik oder Umverteilung von unten nach oben.
- Es geht um einen leistungsfähigen und aktiven Staat, der seiner Verpflichtung zur Daseinsvorsorge nachkommen kann oder um eine Ellenbogengesellschaft, in der für die Schwachen kein Platz mehr ist.
- Es geht um soziale Marktwirtschaft mit klaren Regeln oder um ungehemmten Marktradikalismus.
- Es geht um eine moderne Gleichstellungs- und Familienpolitik oder um ein Zurück in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts.
- Es geht um eine nachhaltige und verantwortungsvolle Energie- und Umweltpolitik oder um ein Zurück zur Atomwirtschaft.

Und

- Es geht um eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik oder um eine an den Interessen der USA orientierte.

Wir haben nicht alles gut, aber das meiste besser gemacht. Natürlich haben wir auch Fehler gemacht. Wir haben mit unserem Wahlmanifest aber deutlich gemacht, dass wir in der Lage sind, aus Fehlern zu lernen und dass wir bereit sind umzusteuern.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Viele Positionen der SPD Saar, die vor einem Jahr noch nicht mehrheitsfähig waren, finden sich in unserem Wahlmanifest wieder. Daran haben auch viele aus der Landespartei mitgewirkt.

Wenn es uns gelingt dies deutlich zu machen, stehen unsere Chancen nicht schlecht.

Anrede,

Die SPD will die Zukunft unseres Landes gestalten, im Interesse der Menschen, die wir vertreten.

Wer immer nur sagt, wogegen er ist und glaubt, im Zeitalter der Globalisierung mit nationalen Instrumenten allein weiterzukommen, ist auch nicht glaubwürdiger als die Konservativen oder die Liberalen.

Wer glaubt, dass die Interessen der Menschen mit Fundamentalkritik oder Fundamentalopposition besser vertreten werden können als mit aktivem Regierungshandeln, der irrt gewaltig.

Ich möchte diesen Wahlkreis auch dieses Mal wieder direkt gewinnen.

Dazu brauche ich auch dieses Mal Eure Unterstützung.

Wir haben keine einzige Stimme zu verschenken. Nicht an die Liberalen und Konservativen und auch nicht an die sog. Neue Linke!

Keine Erst- und keine Zweitstimme!

Ich habe die Interessen der Menschen in unserem Wahlkreis und im Saarland 11 Jahre lang zunächst in Bonn und dann in Berlin vertreten und bin für ihre Sorgen und Nöte ansprechbar gewesen. Das möchte ich auch in den kommenden vier Jahren tun können.

Lasst uns gemeinsam darum kämpfen, diesen Wahlkreis direkt zu gewinnen und der Saar-SPD mit einem guten Zweitstimmenergebnis das notwendige Gewicht in der Bundespartei zu verschaffen.

Lasst uns den Wahlkampf unter das Motto stellen:

Wer kämpft, kann gewinnen – wer nicht kämpft, hat schon verloren.

In diesem Sinn vielen Dank für Eure bisherige Unterstützung und Eure Aufmerksamkeit.

Glück auf!